



# wahlkabine.at

Österreichs erfolgreichste Politik-Orientierungshilfe im Internet

## Fragen und Standpunkte der Parteien zur wahlkabine.at Jubiläumsausgabe 2012.

Hier ein Überblick über die Standpunkte der Parteien und deren Gewichtung der Sachthemen, wie sie vom Redaktionsteam zusammengefasst wurden.

### Berücksichtigte Parteien

Bei der Realisierung der Jubiläumsausgabe von wahlkabine.at wurden Parteien berücksichtigt, die bereits im Nationalrat vertreten sind oder in den vergangenen Wochen eine Kandidatur für 2013 angekündigt haben. Das "Team Stronach" ist der Einladung trotz mehrfachen Ersuchens nicht gefolgt.

- SPÖ
- ÖVP
- FPÖ
- Grüne
- BZÖ
- KPÖ
- NEOS
- PIRATEN
- LiF

Hintergrundinformationen über Konzept, Realisierung und Methodik finden Sie auf [www.wahlkabine.at](http://www.wahlkabine.at)

## 1. Soll Österreich die allgemeine Wehrpflicht erhalten?

SPÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Für Österreich ist ein Profiheer mit einer starken Milizkomponente am besten geeignet, um den derzeitigen sicherheitspolitischen Herausforderungen bestmöglich begegnen zu können. Auslandseinsätze, Luftraumüberwachung, Terrorismusbekämpfung aber auch Katastrophenhilfe können durch ein Profi-Heer effizienter und mit höherer Qualität erbracht werden.		
ÖVP	Ja	■ ■ ■ ■
--		
FPÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Ein Heer, das unter Einbindung der Bürger wirkt, garantiert, dass sich dieses Heer niemals gegen Bürger richten wird. Unbestritten ist, dass die Ausbildung modernisiert werden muss.		
Grüne	Nein	■ ■ ■ ■
Nach dem Ende des Kalten Krieges besteht für personenstarke Bodeneinheiten kein Bedarf mehr. Die heutigen Aufgaben (insb. Friedenseinsätze) können durch Spezialisten besser gelöst werden. Es ist nicht mehr notwendig, jungen Männern ein halbes Jahr ihrer Lebenszeit zu stehen.		
BZÖ	Nein	■ ■
Das BZÖ steht für ein Berufsheer mit Freiwilligenkomponente und Milizsystem.		
KPÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Die KPÖ ist für die ersatzlose Abschaffung des Bundesheeres, das durch die politischen Entscheidungen in die EU/NATO-Kampftruppen eingegliedert wurde. Die freiwerdenden Mittel sollen für gut bezahlte Jobs die den Zivildienst abdecken genutzt werden. Katastrophenschutz leisten die Feuerwehren besser.		
NEOS	Nein	■ ■
NEOS ist für ein Freiwilligenheer und ein darauf abgestimmtes neu strukturiertes Milizsystem.		
PIRATEN	Nein	■ ■
Eine Einschränkung der persönlichen Freiheit ist hier nicht gerechtfertigt. Weiters werden durch den Zivildienst viele Sozialdienste abgewertet.		
LIF	Nein	■ ■
--		

## 2. Sollen Asylwerbende ab dem Zeitpunkt ihrer Antragstellung eine Arbeitserlaubnis erhalten?

SPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Unser Ziel ist es, Asylverfahren möglichst zu beschleunigen. Künftig sollen Asylwerber unter bestimmten Bedingungen (Erfüllung der Kriterien der Rot-Weiss-Rot Card, Arbeitsmarktprüfung) eine Arbeitserlaubnis erhalten. Zudem haben jugendliche AsylwerberInnen derzeit schon die Möglichkeit, eine Lehre in Österreich zu absolvieren.		

ÖVP	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

FPÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Asylverfahren sind rasch durchzuführen, und erst nach einer allfälligen positiven Entscheidung kann ein Zutritt zum Arbeitsmarkt gewährt werden.		

Grüne	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Es geht nicht darum, dass AsylwerberInnen sofort zu arbeiten beginnen. Schutzsuchende brauchen Zeit, um sich hier zu orientieren. Wenn das Asylverfahren lange dauert, sollten sie nicht mehr zum Nichtstun gezwungen werden, sondern die Möglichkeiten zur Selbsterhaltung mit legaler Arbeit bekommen.		

BZÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Der BZÖ-Asylcheck verhindert langwierige Verfahren, damit wird das Problem langzeitarbeitsloser Asylsuchender fair und schnell gelöst.		

KPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Alle Menschen müssen die gleichen Möglichkeiten haben, selbst für ihren Unterhalt aufzukommen. Die KPÖ fordert die rechtliche und soziale Gleichstellung aller Menschen, die in Österreich ihren Hauptaufenthaltort haben.		

NEOS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die fehlende Arbeitserlaubnis für Asylwerber_innen zwingt arbeitswillige Menschen, die gerne etwas in der Gesellschaft beitragen wollen, dazu, in Armut zu leben und sich nicht zu integrieren. Diese Fehlentwicklung muss korrigiert werden.		

PIRATEN	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Dies fördert eine Integration in die Gesellschaft und ermöglicht ihnen den Aufbau von wirtschaftlicher Sicherheit.		

LIF	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

3. Soll es weiterhin möglich sein, Kinder in Schubhaft zu nehmen und abzuschieben?

SPÖ	Nein	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
Es gibt in Österreich keine Schubhaft für Kinder unter 14 Jahren, für 14- bis 16-Jährige ist Schubhaft nur als allerletztes Mittel einzusetzen.		

ÖVP	Nein	<div><div></div></div>
--		

FPÖ	Ja	<div><div></div><div></div></div>
Diese Maßnahme kann leider nicht völlig ausgeschlossen werden, weil Kinder nach Möglichkeit nicht von ihren Eltern getrennt werden sollen.		

Grüne	Nein	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
Kinder gehören nicht ins Gefängnis. Daher dürfen sie auch nicht eingesperrt werden.		

BZÖ	Nein	<div><div></div><div></div></div>
Kinder dürfen nicht ins Gefängnis kommen. Gesamtänderung der Asylgesetzgebung ist notwendig, um Härtefälle zu vermeiden.		

KPÖ	Nein	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
Schubhaft ist menschenunwürdig! Die KPÖ fordert: Asyl ist ein Menschenrecht und als solches zu achten, Abschiebungen sind abzuschaffen, jeder Mensch muss das Recht haben, seinen/ihren Aufenthaltsort frei zu wählen.		

NEOS	Nein	<div><div></div><div></div></div>
--		

PIRATEN	Nein	<div><div></div><div></div></div>
Gerade bei Kindern wird hier oft eine bereits erfolgte Integration zunichte gemacht.		

LIF	Nein	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
--		

#### 4. Soll eine Kultur-Flatrate eingeführt werden (ähnlich den öffentlichen Rundfunkgebühren), die das Speichern und Herunterladen urheberrechtlich geschützter Inhalte im Internet legalisiert?

SPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die SPÖ tritt für ein Pauschalvergütungssystem ein, wobei die Kultur-Flatrate sicherlich eine denkbare Möglichkeit darstellt.		

ÖVP	Nein	<input type="checkbox"/>
--		

FPÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Es handelt sich um eine interessante Idee, deren Umsetzung in der Praxis aber derzeit an vielerlei unterschiedlicher Interessen scheitert.		

Grüne	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Einführung einer Pauschalabgabe für Online-Inhalte stellt die einzige Möglichkeit zur Schaffung von Rechtssicherheit dar und schafft Ressourcen, um die UrheberInnen adäquat zu vergüten.		

BZÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Das BZÖ ist gegen jede Form von Zwangsgebühren, sondern für eine Entlastung.		

KPÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Wie sie derzeit diskutiert wird (Verteilung des pauschal eingehobenen Betrages an Rechteinhaber, je nach Nutzung des Werks), hebt sie die Warenrörmigkeit von Kultur/Kunst nicht auf. Interessanter wäre es, sie als bedingungsloses Grundeinkommen an KulturarbeiterInnen auszuschütten.		

NEOS	Nein	<input type="checkbox"/>
Der Wert von Kunst und Kultur kann nicht durch eine "Flatrate" bestimmt werden. Künstler müssen weiterhin gefördert werden, damit ihre individuelle Kunst auch durch den unterschiedlichen Wert repräsentiert wird, denen die Konsument_innen ihr beimessen.		

PIRATEN	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Dies stellt eine geeignete Möglichkeit dar, die Interessen der Urheber und der Verbraucher gleichermaßen zu schützen, ohne die Freiheit des Internets zu beschränken.		

LIF	Nein	<input type="checkbox"/>
--		

## 5. Sollen homosexuelle Paare im Adoptionsrecht gleichgestellt werden?

SPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Auf dem Weg zu einer wirklichen Gleichstellung für homosexuelle Paare fehlen noch wichtige Schritte. Dazu gehört auch das Recht Kinder zu adoptieren.		

ÖVP	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

FPÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Das Adoptionsrecht soll weiterhin strengen Kriterien unterworfen werden. Ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare schließen wir aus.		

Grüne	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied, dass homosexuellen Personen der Zugang zur Adoption nicht aufgrund ihrer Homosexualität verwehrt werden darf. Auch im Interesse des Kindeswohls soll die faktische Elternschaft lesbischer und schwuler Eltern rechtlich anerkannt werden.		

BZÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Das Adoptionsrecht muss sich primär am Interesse der Kinder orientieren.		

KPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die KPÖ ist gegen jede Diskriminierung aufgrund von Sexualität, Geschlecht, Hautfarbe, sozialer Herkunft. Alle Menschen müssen frei von Zwängen und Bevormundungen ihre gewünschten Lebensformen wählen können.		

NEOS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Wir glauben, dass alle österreichischen Bürger_innen dieselben Rechte haben sollen. Dazu gehört auch, dass homosexuelle Partnerschaften rechtlich komplett gleichgestellt mit der Ehe sein müssen.		

PIRATEN	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Studien belegen, dass Kinder sich in jeglicher Familienstruktur gut entwickeln, solange sie geliebt werden. Die sexuelle Orientierung der Erziehungsberechtigten ist hierfür unerheblich.		

LIF	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

## 6. Soll die Möglichkeit geschaffen werden, an Wahlen auch online teilnehmen zu können?

SPÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Für die SPÖ verstößt e-Voting gegen den Grundsatz der geheimen, freien und persönlichen Wahl und wird daher auf allen Ebenen abgelehnt.		
ÖVP	Ja	■ ■ ■ ■
--		
FPÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Die Gefahr einer Wahlmanipulation im großen Stile wäre evident.		
Grüne	Nein	■ ■
Die E-Voting Technologie ist noch nicht ausgereift genug, dass die Einhaltung der Wahlgrundsätze gewährleistet ist. Dies hat zuletzt auch die ÖH-Wahl 2009 gezeigt.		
BZÖ	Ja	■ ■
Unter der Voraussetzung, dass e-Voting fälschungssicher vollzogen werden kann.		
KPÖ	Nein	■
Das Wahlrecht soll unmittelbar ausgeübt werden, weil bei einer online Wahl nicht gewährleistet ist, dass der/die WählerIn auch wirklich der/die Abstimmende/Identifizierte ist.		
NEOS	Ja	■ ■
NEOS fordert, dass neue Technologien genutzt werden, die mehr Menschen dazu motivieren, am demokratischen Prozess teilzunehmen.		
PIRATEN	Nein	■ ■ ■ ■
Die derzeitigen Systeme zur Online-Abstimmung erfüllen bei Weitem nicht die notwendigen Kriterien an Sicherheit und Nachvollziehbarkeit. Wir warten zukünftige Entwicklungen ab, bis dahin sind wir aber skeptisch.		
LIF	Ja	■ ■
--		

## 7. Sollen alle ausgestrahlten Inhalte des ORF in einem öffentlichen Archiv zugänglich gemacht werden?

SPÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
Bereits jetzt bietet die ORF-TVthek zahlreiche ORF-Fernsehsendungen im Internet 7 Tage lang On Demand an. In Zukunft soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk sein Online-Angebot noch weiter ausbauen.		

ÖVP	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

FPÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Bevor eine solche Maßnahme umgesetzt wird, sind technische Machbarkeit und die Kostenfrage zu klären		

Grüne	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat eine wichtige demokratiepolitische Funktion. Die Archivierung der Inhalte dient der Ermöglichung einer gezielten Suche. Dieses Angebot steht somit auch nicht in ökonomischer Konkurrenz zu den Angeboten der privaten Anbieter.		

BZÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Öffentlich-rechtlich bedeutet öffentlich zugänglich.		

KPÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
--		

NEOS	Ja	<input type="checkbox"/>
Der Bildungsauftrag des ORF beinhaltet unserer Meinung nach auch, dass sie Inhalte, die mit Steuergeldern produziert werden, den Steuerzahlern und Bildungsbürger_innen auch jederzeit zugänglich gemacht werden.		

PIRATEN	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Natürlich nur, soweit der ORF die Rechte daran besitzt. Eigenproduktionen müssen der Allgemeinheit leicht und dauerhaft zugänglich sein.		

LIF	Ja	<input type="checkbox"/>
--		



## 8. Sollen offizielle Schriftstücke der Regierung und Verwaltung öffentlich zugänglich gemacht werden, sofern sie nicht wegen Datenschutz und dem Schutz der öffentlichen Sicherheit geheim gehalten werden müssen?

SPÖ	Ja	■ ■
Die SPÖ spricht sich für den kostenlosen Zugang zu für die Öffentlichkeit interessanten Daten der Verwaltung, aber auch des Parlaments aus. Diese sollen in Zukunft transparent aufgearbeitet und präsentiert werden.		

ÖVP	Ja	■ ■ ■
--		

FPÖ	Nein	■
Eine transparente Verwaltung kommt den Bürgern direkt zugute. Die Veröffentlichung sämtlicher Schriftstücke mit Ausnahme jener, die unter Datenschutz stehen, bedeutet jedoch einen enormen zusätzlichen Verwaltungsaufwand und hohe Kosten.		

Grüne	Ja	■ ■ ■
Derzeit gibt es nur ein Auskunftsrecht, aber keinen klaren Dokumentenzugang der BürgerInnen, der bei Verweigerung auch rasch gerichtlich durchsetzbar ist.		

BZÖ	Ja	■ ■
Transparenz sollte oberstes Prinzip der Politik sein.		

KPÖ	Ja	■ ■
--		

NEOS	Ja	■ ■ ■
Open Government ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer transparenten, aktiven, partizipativen Demokratie.		

PIRATEN	Ja	■ ■
Transparenz ist der einzig wirklich effektive Schutz gegen Korruption. Wir fordern einen "Freedom for Information Act" auch für die österr. Politik. – dies wäre ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung.		

LIF	Ja	■ ■ ■
--		

## 9. Sollen Teile der Gesundheitsversorgung privatisiert werden?

SPÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Wir sind für ein öffentliches Gesundheitssystem, das gleichen Zugang zu Leistungen für alle Patientinnen und Patienten sichert und ein solidarisches Versicherungssystem, das einseitige Belastungen für Kranke verhindert. Privatisierungen führen zu höheren Beiträgen für Ältere und Kranke, Leistungen der Spitzenmedizin wären nur mehr für Reiche zugänglich und einkommensschwache und chronisch kranke Menschen hätten mit massiven Verschlechterungen zu rechnen.		

ÖVP	Nein	<input type="checkbox"/>
--		

FPÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Grundversorgung der Bürger - auch im Rahmen des Gesundheitswesens - ist was Durchführung und Qualitätssicherung anbelangt Aufgabe des Gemeinwesens.		

Grüne	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Ohne staatliche Regulierung kann ein Gesundheitssystem keine sozial-, verteilungs- und konsumentenpolitischen Funktionen wahrnehmen. Ein Systemwandel würde massive negative Auswirkungen auf die Beschäftigten im gesamten Gesundheitsbereich sowie auf die Versorgung der PatientInnen haben.		

BZÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Wettbewerb auch in der Gesundheitsversorgung zum Vorteil der Patienten und Beitragszahler.		

KPÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung gehört zu den zentralen Elementen der Daseinsvorsorge. Die KPÖ fordert daher, dass diese zu 100 % vergesellschaftet bleiben und öffentlich finanziert werden muss. Fehlendes Geld kann etwaüber die übefällige Wertschöpfungsabgabe eingenommen werden.		

NEOS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Teile der Gesundheitsvorsorge sind bereits privatisiert. Wettbewerb führt zu mehr Effizienz und besseren Leistungen. Es darf jedoch zu keiner 2-Klassen-Medizin führen.		

PIRATEN	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Eine Privatisierung kann schnell zu höheren Gesamtkosten durch höheren Verwaltungsaufwand führen und birgt die Gefahr eines Rückbaus des Sozialstaats, welcher auf Kosten der Schwächsten erfolgen würde.		

LIF	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

## 10. Soll eine eigene Kranken- und Sozialversicherung für Menschen ohne EU-Staatsbürgerschaft eingeführt werden?

SPÖ	Nein	■ ■
Österreich profitiert von den Beiträgen zur Sozialversicherung nicht-österreichischer StaatsbürgerInnen. Ein eigener Sozialversicherungsträger für MigrantInnen würde für die ÖsterreicherInnen eine Beitragserhöhung von 1,5 Mrd. bedeuten.		
ÖVP	Nein	■
--		
FPÖ	Ja	■ ■
Wir verlangen seit langem eine Reduktion aller Sozialversicherungen auf zwei: eine für Staatsbürger und EU-Bürger und eine für Drittstaatsangehörige.		
Grüne	Nein	■ ■
Alle Menschen, die Beiträge in die Sozialversicherung einzahlen, müssen nach dem Gleichheitsgrundsatz gleich behandelt werden. Außerdem zahlen Nicht EU-BürgerInnen mehr an Beiträgen ein, als sie an Leistungen bekommen. Eine eigene "Ausländer-SV" schadet also vor allem "InländerInnen".		
BZÖ	Nein	■ ■
Ein System für alle Versicherten. Keine weitere Verwaltungsaufblähung.		
KPÖ	Nein	■ ■
Für die KPÖ sind alle Menschen gleich. Eine eigene Sozialversicherung für Nicht-EU-BürgerInnen wäre nicht nur höchst bürokratisch, sondern vor allem diskriminierend. Solche Forderungen kommen bezeichnenderweise von der FPÖ.		
NEOS	Nein	■
Die Leistungen des Europäischen Sozialmodells gelten für alle Menschen. NEOS lehnt Diskriminierungen aufgrund der Herkunft ab.		
PIRATEN	Nein	■ ■
Besser wäre es, die Einbindung in das bestehende Sozialversicherungssystem einfach zu ermöglichen.		
LIF	Nein	■ ■
--		

## 11. Soll es ein bedingungsloses Grundeinkommen geben?

SPÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Für die SPÖ ist die bedarfsorientierte Mindestsicherung in dieser Frage das beste Mittel, da sie darauf abzielt, Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen.		

ÖVP	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

FPÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Finanzierbarkeit des Sozialstaates über Gebühr beanspruchen.		

Grüne	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Es geht uns NICHT um arbeitsloses GrundEINKOMMEN, sondern um GrundSICHERUNG, die Armut verhindert. Die Grüne Grundsicherung schließt Lücken im Sozialsystem. Ein Grundeinkommen für Grasser, Stronach & Co. brauchen wir in Österreich nicht. Die kriegen ohnehin genügend Steuergeschenke.		

BZÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Das BZÖ-Modell des Bürgergeldes sieht ein Grundeinkommen mit Gegenleistung vor.		

KPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Unbestritten ist: Prekarität nimmt ebenso zu, wie die massive Ungleichverteilung des Reichtums. Vollzeit-Arbeitsplätze sind eine Illusion. Es braucht ein anderes Modell sozialer Absicherung für alle. Ein bedingungsloses GEK eröffnet Chancen für die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft.		

NEOS	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Arbeitsanreiz für Empfänger_innen von Transferleistungen muss gegeben sein - siehe Bürgergeld ( <a href="https://www.youtube.com/results?search_query=b%C3%BCrgergeld+nauman&amp;oq=b%C3%BCrger&amp;gs_l=youtube.3.0.35i39j0l9.235.4665.0.6031.11.9.2.0.0.0.131.684.7j2.9.0...0.0...1ac.1.VhBTCEFI">https://www.youtube.com/results?search_query=b%C3%BCrgergeld+nauman&amp;oq=b%C3%BCrger&amp;gs_l=youtube.3.0.35i39j0l9.235.4665.0.6031.11.9.2.0.0.0.131.684.7j2.9.0...0.0...1ac.1.VhBTCEFI</a> )		

PIRATEN	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Das BGE befreit die Menschen von Existenzängsten, lässt jede Arbeit zum Gewinn werden und kann der Vereinfachung des Steuersystems dienen. Weiters ermöglicht es ein zivilgesellschaftliches Engagement.		

LIF	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

## 12. Soll die religiös und kulturell begründete Beschneidung an männlichen Kleinkindern gesetzlich untersagt werden?

SPÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Die Beschneidung von jüdischen und muslimischen Buben ist unter den gesetzlich erforderlichen Voraussetzungen erlaubt.		
ÖVP	Nein	<input type="checkbox"/>
--		
FPÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Die Diskussion erscheint künstlich herbeigeführt. Wir sehen keinen Handlungsbedarf.		
Grüne	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Ein gesetzliches Verbot würde wahrscheinlich nur einem "Beschneidungstourismus" und Puschertum Vorschub leisten. Gleichzeitig ist eine seriöse und sensible Diskussion über Kinderrechte wünschenswert.		
BZÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Hier gilt die Religionsfreiheit.		
KPÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		
NEOS	Nein	<input type="checkbox"/>
--		
PIRATEN	Ja	<input type="checkbox"/>
Die Religionsfreiheit darf nicht das Recht auf körperliche Unversehrtheit einschränken. Eine Entscheidung zur Beschneidung kann erst von den Betroffenen selbst erfolgen, sobald sie mündig sind.		
LIF	Nein	<input type="checkbox"/>
--		

### 13. Soll das Recht auf private Kopien von Internet-Inhalten gesetzlich verankert werden?

SPÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
Das Recht auf Privatkopie ist bereits jetzt im Urheberrecht gesetzlich verankert (§42 Abs. 4 UrhG).		

ÖVP	Nein	<input type="checkbox"/>
--		

FPÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
Die öffentliche Verbreitung ist jedoch mit Rücksicht auf die Interessen der Urheber konsequent zu ahnden.		

Grüne	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Private Kopien von Internet-Inhalten sollen erlaubt und mit keinerlei Sanktion verbunden sein.		

BZÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
Wer beispielsweise eine CD erwirbt, soll diese für eigene Zwecke duplizieren dürfen.		

KPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die KPÖ ist gegen die Kriminalisierung von Menschen, die sich etwa Musikstücke aus dem Internet herunterladen.		

NEOS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Konsument_innen sollen das Recht darauf haben, private Kopien eines Produkts für den Eigengebrauch zu erstellen.		













  

PIRATEN	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Das bereits bestehende Recht auf Privatkopien sollte jedenfalls so ausgelegt werden, dass auch Kopien von Internet-Inhalten darunter fallen; wenn nötig, soll dies natürlich auch gesetzlich verankert werden.		

LIF	Nein	<input type="checkbox"/>
--		

## 14. Sollen die nichtkommerzielle Verbreitung und Nutzung von digitalen Daten als Grundrecht verankert werden?

<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
Innerhalb der SPÖ werden derzeit verschiedene Modelle diskutiert, wie sowohl die Rechte der KünstlerInnen, die Interessen der UserInnen als auch das Bedürfnis der Gesellschaft nach kulturellen Leistungen sichergestellt werden können. Die Verankerung als Grundrecht, also als verfassungsgesetzlich gewährleistetetes Recht, erachten wir als nicht notwendig.		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	 
Das ist kein geeigneter Inhalt für eine Grundrechtsdebatte.		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
Die Verbreitung und Nutzung digitaler Daten ist ein Wesenskern der Internetnutzung. Jeder Mensch soll das Recht auf Internetnutzung haben.		
<b>BZÖ</b>	<b>Nein</b>	
Es geht nicht um die Anerkennung theoretischer Rechte, sondern um die Durchsetzung der praktischen Möglichkeit.		
<b>KPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>NEOS</b>	<b>Nein</b>	
Wir unterstützen Lizenz-Vereinbarungen wie Creative Commons, wollen jedoch auch die Rechte der Schaffenden schützen.		
<b>PIRATEN</b>	<b>Ja</b>	  
Die Ermöglichung der nichtgewerblichen Verbreitung von digitalen Daten kommt der Allgemeinheit tausendfach zugute – durch einen Zuwachs an Kreativität, Erfindungsgeist, Wissen, Forschung, ...		
<b>LIF</b>	<b>Ja</b>	
--		

## 15. Sollen allgemeine Studiengebühren eingeführt werden?

SPÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Die soziale Selektion im österreichischen Bildungswesen ist im internationalen Vergleich nach wie vor sehr hoch. Jene, die wirklich studieren wollen, dürfen nicht durch finanzielle Hürden abgehalten werden.		

ÖVP	Ja	■ ■ ■ ■
--		

FPÖ	Nein	■ ■ ■
Studiengebühren kann es erst geben, wenn das Leistungsangebot der Universitäten deutlich verbessert wird.		

Grüne	Nein	■ ■ ■ ■
Gerade jetzt, wo die SPÖ auch hier um den Koalitionsfrieden ringt, sind wir nach wie vor KLAR gegen Studiengebühren. Diese könnten die massive Unterfinanzierung der Hochschulen NICHT wettmachen. Bildung ist Österreichs Regierung zu wenig WERT.		

BZÖ	Ja	■ ■ ■
Ein faires Studiengebührensysteem, kombiniert mit einem Anspruch auf den Zugang zu Vorlesungen und Prüfungen.		

KPÖ	Nein	■ ■ ■ ■
ÖsterrREICH kann sich das leisten - eine andere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums vorausgesetzt! Bildung für alle - ohne soziale Zugangshürden - ist eine Errungenschaft, die die KPÖ erhalten will. Gleichzeitig ist das Niveau dringend anzuheben.		

NEOS	Ja	■ ■ ■
NEOS ist der Meinung, dass Universitäten die Möglichkeit haben sollen, sozial abgefederte Studiengebühren einzuführen. Das Stipendiensystem ist jedenfalls auszubauen. Soziale Barrieren im Zugang zu Hochschulen sind keinesfalls zu akzeptieren.		

PIRATEN	Nein	■ ■ ■
Bildung ist die Basis unserer Gesellschaft. Wer freien Zugang zu Bildung vernachlässigt, zerstört die Grundlage, auf der unsere Gesellschaft aufgebaut ist.		

LIF	Ja	■ ■ ■ ■
--		



## 16. Soll Österreich mehr Geld für Bildung und Wissenschaft ausgeben?

SPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Ein besseres Bildungssystem ist sehr personalintensiv und dementsprechend auch teurer. Der Gesellschaft käme es aber definitiv teurer, würde sie an den Qualifikations- und Zukunftschancen junger Menschen sparen.		

ÖVP	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

FPÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Es mangelt im internationalen Vergleich nicht an finanziellen Mitteln, sondern am wenig effizienten Einsatz der Gelder.		

Grüne	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Unbedingt! Öffentliche Ausgaben sind Indiz für den Stellenwert von Bildung und Wissenschaft. Wir haben VIEL Nachholbedarf im europ. Vergleich, daher: Investieren JETZT! Bildung und Wissenschaft sind ungeliebtes Stiefkind der Bundesregierung.		

BZÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Wenn andere billiger sind, muss Österreich besser werden.		

KPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Internationale Vergleiche zeigen drastisch den Zustand des Bildungssystems. Außerdem krankt es daran, dass Bildung zugunsten kurzfristiger Interessen der Wirtschaft zurückgestellt wird.		

NEOS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Bildung und Wissenschaft stellen Investitionen in die Zukunft des Landes dar, weshalb wir einen weitaus größeren Teil des Budgets darauf verwenden sollten.		

PIRATEN	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Jeder Euro, der in Bildung und Wissenschaft investiert wird, ist sinnvoll verwendetes Steuergeld. Bildung versetzt uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und, wenn nötig, die gesellschaftliche Richtung zu ändern.		

LIF	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

## 17. Sollen in österreichischen Schulen eigene Klassen für Migrantinnen und Migranten mit geringen Deutschkenntnissen geführt werden?

<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Durch das verpflichtende Kindergartenjahr wird gewährleistet, dass Kinder mit Migrationshintergrund bereits vor Schulbeginn über Deutschkenntnisse verfügen. Zudem wären eigene Schulklassen der Integration keineswegs dienlich.		

<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Wir bevorzugen, bereits vor dem Eintritt in den Regelschulunterricht ausreichende Deutsch-Kenntnisse zu vermitteln. Eigene Klassen sehen wir als Notlösung.		

<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Für die Lernmotivation und den Integrationserfolg ist es ausschlaggebend, dass SchülerInnen gemeinsam unterrichtet werden und ihre Leistungen auch beurteilt werden.		

<b>BZÖ</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Ein klares Nein zu Ghettoklassen. Deutschkenntnisse müssen vor Schulbeginn umfassend sichergestellt werden.		


<b>KPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Es ist unbestritten, dass Kinder profitieren, wenn unterschiedliche Sprachen Teil des Unterrichts sind. Vorausgesetzt, es gibt entsprechende Rahmenbedingungen. Die KPÖ fordert also BegleitlehrerInnen, kleinere Klassen, freundliche Schulgebäude ...		


<b>NEOS</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Kinder lernen am einfachsten von anderen Kinder, weshalb eine Trennung komplett fehlgeleitet und falsch wäre. Auf den Erwerb der deutschen Sprache ist mehr Augenmerk zu legen. Die sprachliche Frühförderung ist zu forcieren.		


<b>PIRATEN</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/>
Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache sollen in die Gesellschaft integriert werden, nicht noch dazu explizit ausgegrenzt! (Analoges gilt für Kinder mit Behinderungen.)		


<b>LIF</b>	<b>Nein</b>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		


## 18. Soll Österreich aus der Euro-Zone austreten?


<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
Ein Euro-Austritt hätte fatale Folgen für die heimische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Unsere exportorientierte Wirtschaft würde laut Studien einen schlimmeren Dämpfer bekommen als in der großen Rezession 2008/2009. Jeder vierte Arbeitsplatz in Österreich ist direkt oder indirekt vom Export abhängig, mehr als die Hälfte unserer Exporte gehen in die Eurozone.		


<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	
--		


<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
Wir wollen einen starken und stabilen Euro. Ein Austritt aus der Währungsunion wird von uns nicht angestrebt. Er ist aber auch kein Tabu sondern ultima ratio.		


<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
Die Grünen sind klare Befürworter des europäischen Projekts und des Euros. Ein Austritt Österreich aus der Eurozone steht überhaupt nicht zur Debatte. Der Zerfall des Euros würde die gesamte Europäische Union gefährden.		

<b>BZÖ</b>	<b>Nein</b>	
Das BZÖ steht für eine eigene Hartwährungszone der starken Volkswirtschaften mittels Parallelwährung. Ein Austritt wäre ein allerletzter Schritt.		










<b>KPÖ</b>	<b>Nein</b>	
Nicht der Euro ist das Problem, sondern die dahinter stehende Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die KPÖ fordert große Handelsbilanzüberschüsse abzuschöpfen und umzuverteilen; Mittel aus einer Finanztransaktionsteuer in schwach industrialisierten Ländern zu investieren.		

<b>NEOS</b>	<b>Nein</b>	
Österreich hat immens durch die Einführung des Euro profitiert. Ein Austritt aus der Euro-Zone würde massiven wirtschaftlichen Schaden und die Vernichtung von vielen Arbeitsplätzen mit sich bringen.		


<b>PIRATEN</b>	<b>Nein</b>	
Die gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik ist ein Kernpfeiler des europäischen Einigungsprozesses. Trotz aller Widrigkeiten ist der Euro ein großer Gewinn für Österreich und Europa, gerade auch wirtschaftlich, aber auch darüber hinaus.		



<b>LIF</b>	<b>Nein</b>	
--		



## 19. Soll sich Österreich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass Staaten mit Finanzschwierigkeiten aus der Euro-Zone ausgeschlossen werden können?


<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
Ausschlüsse aus der Euro-Zone hätten negative Folgen für Österreich, unter Umständen auch den Verlust des stabilen Euros. Weiters bleiben Staatsschulden in der Währung bestehen, in der sie aufgenommen wurden. Die Rückzahlung der Schulden würde durch das entstehende Wechselkursrisiko zusätzlich erschwert.		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Es sind klare und einheitliche Stabilitätskriterien so zu definieren, dass ein längerfristiges Ausscheren vom Stabilitätspfad auch ein Ausscheiden aus der Eurozone nach sich zieht.		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
Die Grünen wollen nicht die Rückkehr zur Nationalstaaterei, sondern im Gegenteil die Krise nutzen, um die Europäische Union weiter zu vertiefen.		
<b>BZÖ</b>	<b>Ja</b>	
Kein weiteres österreichisches Steuergeld für Fässer ohne Boden, wie Griechenland.		
<b>KPÖ</b>	<b>Nein</b>	
Dieser "Vorschlag" bedient chauvinistische Stimmungen und damit rechtspopulistische Parteien. Statt Ausschluß einzelner Länder fordert die KPÖ das gesamte Wirtschafts- und Finanzsystem in Europa zu ändern und eine solidarische, an sozialen Werten orientierte Staatengemeinschaft zu bilden.		
<b>NEOS</b>	<b>Nein</b>	
Allerdings: Um zu garantieren dass die Marktmechanismen der Euro-Zone in Zukunft helfen, braucht es ein Insolvenzrecht für Euro-Staaten.		
<b>PIRATEN</b>	<b>Nein</b>	
Ein Ausschluss von schwächeren Staaten aus der Euro-Zone widerspricht dem Grundprinzip der Solidarität. Stattdessen sollen diese Staaten in ihren Reformbemühungen unterstützt werden, um so die Euro-Zone als Ganzes möglichst bald zu "reparieren".		
<b>LIF</b>	<b>Nein</b>	
--		




## 20. Soll Betrieben die öffentliche Wirtschaftsförderung entzogen werden, wenn sie keine Lehrlinge aufnehmen?



SPÖ	Nein	
Wir treten dafür ein, mehr positive Anreize für Unternehmen zu schaffen, die Lehrlinge ausbilden.		


ÖVP	Nein	 
--		



FPÖ	Nein	 
Die Aufnahme von Lehrlingen kann kein alleinentscheidendes Kriterium für die Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln sein.		



Grüne	Nein	
Weil nicht alle Betriebe geeignet sind, auszubilden. Wir fordern eine Ausbildungumlage für Betriebe, die nicht ausbilden. Damit sollen auch überbetriebliche Lehrwerkstätten finanziert werden.		

BZÖ	Nein	  
Das BZÖ steht hier für bessere Unterstützung von Betrieben, die Lehrlinge ausbilden. Richtig wäre der umgekehrte Weg. Höhere Förderungen für die, die mehr Lehrlinge ausbilden.		

KPÖ	Ja	 
Als Steuerungsinstrument schlägt die KPÖ vor, dass Betriebe die keine oder im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl zu wenig Lehrlinge ausbilden, eine Abgabe zahlen, mit welcher Berufsausbildungsmaßnahmen gefördert werden.		

NEOS	Nein	
Da es auch Betriebe gibt, die - aus unterschiedlichsten Gründen - keine Lehrlinge ausbilden (können), scheint dies für die Entwicklung der österreichischen Unternehmenslandschaft nicht sinnvoll. Wir sind allerdings klar für die Stärkung des Dualen Systems, um welches wir weltweit beneidet werden und das uns eine geringe Jugendarbeitslosigkeit sichert.		

PIRATEN	Ja	 
Lehrlingsausbildung ist ein wichtiger Bereich der Bildung und Ausbildung für Österreichs Jugend; Unternehmen sollen sich (natürlich je nach Betriebsgröße) daran beteiligen, ihr Wissen und ihre Fertigkeiten an junge Menschen weiterzuvermitteln und ihnen eine Ausbildung zu ermöglichen. Wer das nicht tun will, soll auch keine öffentliche Förderung erhalten.		

LIF	Nein	 
--		

21. Sollen Kapital und Vermögen in Österreich höher besteuert werden?

SPÖ	Ja	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
Die SPÖ steht für Steuergerechtigkeit. Deshalb muss einerseits der hoch belastete Faktor Arbeit entlastet werden. Andererseits ist es uns ein Anliegen, dass auch die VerursacherInnen der Krise ihren Beitrag zur Bewältigung dieser leisten.		

ÖVP	Nein	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
--		

FPÖ	Nein	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
Eine weitere Erhöhung der Steuerquote lehnen wir ab. Es muss gleichzeitig zu einer gerechteren Gestaltung der Fiskalpolitik zugunsten des Mittelstandes kommen.		

Grüne	Ja	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
Kapital ist in Österreich im internationalen Vergleich extrem gering besteuert, während wir bei der Belastung des Faktors Arbeit im internationalen Spitzenfeld liegen. Daher braucht es eine Anhebung des Anteils vermögensbezogener Steuern am Steueraufkommen.		

BZÖ	Nein	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
Das BZÖ steht dafür, Steuern zu senken und zwar mittels Fair Tax von 11.000 Euro Freibetrag und danach 39 Prozent Einheitssteuersatz, in den die Sozialversicherung bereits inkludiert ist.		

KPÖ	Ja	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
Ein Prozent der Bevölkerung besitzen 99 Prozent des gesellschaftlichen Reichtums - das blockiert eine solidarische Gesellschaftsentwicklung. Die KPÖ fordert eine massive Umverteilung von oben nach unten.		

NEOS	Nein	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
NEOS ist gegen eine Substanzbesteuerung, setzt sich jedoch dafür ein, dass Vermögenszuwächse fair besteuert werden.		

PIRATEN	Ja	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
Die Unternehmen und Wohlhabenden tragen in Österreich derzeit bei Weitem nicht genügend zur Steuerleistung bei, dafür ist Arbeit derzeit klar zu hoch besteuert. Wir fordern eine Verschiebung der Steuerlast von Arbeit zu Vermögenszuwächsen.		

LIF	Nein	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
--		

22. Sollen in Österreich Kosten für Verhütungsmittel und Schwangerschaftsabbruch von der Krankenkasse übernommen werden?

SPÖ	Ja	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
Frauen haben ein Recht auf gesundheitliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung über ihr Leben. Um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern, sollen vor allem junge Menschen bestmöglich informiert und aufgeklärt werden. Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, müssen jedenfalls alle erforderlichen, professionellen und kostengünstigen Hilfestellungen erhalten. Die Gratis-Abgabe von Verhütungsmitteln ist zu begrüßen.		
ÖVP	Nein	<div><div></div><div></div></div>
--		
FPÖ	Nein	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
Schwangerschaft ist keine Krankheit, und die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch sind daher nicht von der Allgemeinheit zu finanzieren.		
Grüne	Ja	<div><div></div><div></div></div>
Verhütung hat Vorrang und ist in Österreich leider eine Geldfrage. Vor allem junge Frauen und jene mit geringem Einkommen würden eher wirksam verhüten, wenn die Krankenkassen die Kosten übernehmen. In vielen westeuropäischen Ländern ist die Kostenübernahme Standard.		
BZÖ	Nein	<div><div></div></div>
Das ist keine Aufgabe die der Staat finanzieren muss.		
KPÖ	Ja	<div><div></div><div></div></div>
Beides darf im Sinne einer guten Gesundheitsvorsorge und -erhaltung nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Menschen abhängig sein und ist daher über das Gesundheitssystem zu finanzieren.		
NEOS	Nein	<div><div></div></div>
--		
PIRATEN	Ja	<div><div></div></div>
--		
LIF	Nein	<div><div></div></div>
--		

## 23. Soll es bei Nationalratswahlen Frauenquoten für Listenplätze geben?

SPÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Solange es keine echte Gleichstellung der Geschlechter gibt, braucht es Frauenquoten und entsprechende gesetzliche Regelungen, die für alle Parlamentsfraktionen gelten. Es ist wichtig, dass mehr Frauen in der Politik tätig sind, denn Gremien, in denen Frauen und Männer gemeinsam entscheiden, erzielen auch bessere Ergebnisse. Das gilt für Politik ebenso wie für die Wirtschaft. Die SPÖ hat das Reißverschlussprinzip und somit eine verpflichtende Quote bereits 2010 beschlossen.		
ÖVP	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>
--		
FPÖ	Nein	<input checked="" type="checkbox"/>
Simple Quoten sind eine besonders einfältige Form der Diskriminierung und werden von uns nicht unterstützt.		
Grüne	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Statt einer "Zwei-Drittel-Mehrheit" der Männer wollen wir Halbe/Halbe auch im Parlament. Frauen sind keine Minderheit, sondern stellen die Hälfte der Bevölkerung dar. In einer Demokratie sollten alle Bevölkerungsgruppen entsprechend repräsentiert sein. .		
BZÖ	Nein	<input checked="" type="checkbox"/>
Das BZÖ ist gegen jede Form von negativer oder positiver Diskriminierung.		
KPÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Solange Frauen aufgrund der Strukturen der Gesellschaft mehrfach belastet sind (Familie, Beruf, ...), braucht es positive Diskriminierung, um abzusichern, dass sich Frauen entsprechend einbringen können.		
NEOS	Nein	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		
PIRATEN	Nein	<input checked="" type="checkbox"/>
Wir befürworten die Förderung von Frauen, Minderheiten, sozial Schwächeren, etc., halten aber generelle Quoten für ein ungeeignetes Mittel dazu.		
LIF	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		



## 24. Soll Österreich mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit ausgeben?

SPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Österreich muss sich an seine internationalen Verpflichtungen halten, möglichst rasch 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen.		

ÖVP	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

FPÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Die vorhandenen Mittel sind ausreichend und sollen vor allem für konkrete Projekte und als Hilfe zur Selbsthilfe eingesetzt werden.		

Grüne	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
So geizig wie wir ist kaum ein anderes Land. Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit ist mittellos, planlos, wirkungslos.		

BZÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Probleme der Entwicklungsländer sind leider nicht über höhere Entwicklungshilfe zu lösen. Österreich ist zuerst für Österreicher verantwortlich.		

KPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Gleichzeitig muss ein politisches Umdenken stattfinden: Projekte, die Selbstbestimmung und Selbstständigkeit fördern, sollen im Mittelpunkt stehen - unabhängig von wirtschaftlichen Interessen Österreichs.		

NEOS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Österreich muss sich zumindest an die vereinbarten Zahlungen halten und sollte sich darüber hinaus auch für innovative Social Business Ideen zur Bekämpfung der Armut weltweit einsetzen.		

PIRATEN	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Gerade als eines der reichsten Länder der Welt sollte Österreich hier seiner Verantwortung nachkommen.		

LIF	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

25. Soll sich Österreich an militärischen Operationen der "EU-Kampftruppen" beteiligen?

SPÖ	Ja	<div><div></div></div>
Die Krisenmanagementoperationen der EU werden ausschließlich in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der UN-Charta getätigt und haben der Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit zu dienen. Das neutrale Österreich entscheidet im Parlament souverän über jeden einzelnen Einsatz.		
ÖVP	Nein	<div><div></div><div></div></div>
--		
FPÖ	Nein	<div><div></div><div></div><div></div></div>
Die FPÖ bekennt sich zur immerwährenden Neutralität Österreichs. Diese ist mit Operationen in EU-Kampftruppen unvereinbar.		
Grüne	Nein	<div><div></div><div></div></div>
Mit einer Ausnahme: wenn es sich um friedenssichernde Maßnahmen in Krisenregionen aufgrund eines UN-Mandates handelt.		
BZÖ	Nein	<div><div></div><div></div></div>
Österreich braucht zuerst ein umfassendes Sicherheitskonzept. Bei NATO-Beitritt und Berufsheer ist diese Frage neu zu bewerten.		
KPÖ	Nein	<div><div></div><div></div><div></div><div></div></div>
Die KPÖ fordert die Neutralität auszubauen und als politisches Instrument der Gestaltung einer friedlichen Welt aktiv einzusetzen. Das Bundesheer soll ersatzlos abgeschafft werden.		
NEOS	Ja	<div><div></div><div></div></div>
NEOS sieht eine gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik als zeitgemäße Antwort, um als EU unserer Verantwortung als "global player" gerecht zu werden. Wichtige Anmerkung: Aggressionskriege sind durch EU-Kampftruppen nicht vorstellbar und sind gesetzlich auszuschließen.		
PIRATEN	Nein	<div><div></div><div></div></div>
Österreich soll sich nur an Einsätzen beteiligen, die unter einem UN-Mandat und/oder zur Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit erfolgen.		
LIF	Ja	<div><div></div><div></div></div>
--		